

PRESSEDIENST

31.01.2024

Neue Studie untersucht Lebensbedingungen
**Vergleich Deutschland-USA: Situation hierzulande bei 10 von 15
wichtigen ökonomischen und sozialen Kenngrößen besser**

Wenn man sich ökonomische und soziale Kennzahlen jenseits des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner*in anschaut, schneidet Deutschland in vielfacher Hinsicht besser ab als die USA. Das ergibt eine neue Studie von Prof. Dr. Jan Prieue, die vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wurde.*

Wirtschaftsmacht Nummer eins, innovativ, Magnet für Investitionen, etwa durch niedrige Energiepreise und die Subventionen des Inflation Reduction Acts (IRA) – aber auch ein politisch, wirtschaftlich und sozial zerrissenes Land. So erscheinen die USA in der Wahrnehmung in Deutschland. Dass Amerika es besser hat, scheint die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu bestätigen: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf war 2022 in den USA 57 Prozent höher als in Deutschland. Rechnet man mit Kaufkraftparitäten statt dem Wechselkurs, liegt der US-Vorsprung beim BIP pro Kopf bei 21 Prozent, was ungefähr dem durchschnittlichen Abstand der vergangenen Jahrzehnte entspricht. Doch was taugt diese Zahl? Sie erlaubt nur begrenzte Rückschlüsse auf das Wohlergehen der breiten Bevölkerung, zeigt Prieues Untersuchung.

Der Ökonom, emeritierter Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin, hat einen umfassenden Vergleich zwischen Deutschland und den USA durchgeführt und dafür insgesamt 80 Indikatoren aus dem Jahr 2022 ausgewertet. Diese beziehen sich auf 15 unterschiedliche Themen von Löhnen über Einkommensverteilung, Lebenserwartung bis Wohnen und Zeitsouveränität. Damit greift Prieue auch verbreitete neue ökonomische Ansätze auf, Wohlstand nach einem breiteren, realistischeren Konzept zu messen, als es das BIP alleine kann.

Das Ergebnis: Deutschland hat in 10 der untersuchten Bereiche die Nase vorn. Besonders groß ist der Vorsprung in Sachen Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Work-Life-Balance und Gleichstellung. Die Vereinigten Staaten stehen lediglich bei Haushaltseinkommen und Konsum deutlich besser da, aber dies hat vor allem mit der längeren Jahresarbeitszeit zu tun. Zudem ist gleichzeitig Armut in den USA weiter verbreitet (siehe auch die Tabellen im Anhang; alle Daten aus der PM in weiteren Tabellen in der Studie). Geringfügige Vorteile haben die USA bei den Wohnverhältnissen und in einzelnen Bereichen von Ausbildung, Forschung und Entwicklung.

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor IMK
Telefon +49 211 7778-331
sebastian-dullien@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

IMK – Institut für Makroökonomie
und Konjunkturforschung
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.imk-boeckler.de

Das Ziel seiner Studie sei es, die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen statistisch zu erfassen, die für die Mehrheit der Gesellschaft gelten, mit besonderem Augenmerk auf die weniger begüterte Hälfte, schreibt der Wissenschaftler. Für diese Zwecke sei der Durchschnitt oft nicht so gut geeignet, der etwa bei großer Ungleichheit wenig aussagekräftig ist. Stattdessen biete sich – wenn verfügbar – der Median-Wert an, der genau in der Mitte einer Verteilung liegt, also beispielsweise dem maximalen Einkommen der unteren Hälfte entspricht. Um Geldsummen vergleichbar zu machen, wurden Dollar und Euro jeweils in Kaufkraftparitäten umgerechnet.

Priewes Analyse zufolge verdienen amerikanische Beschäftigte pro Jahr zwar durchschnittlich (Median-Werte liegen für viele Einkommensgrößen in den Datenquellen nicht vor) 5,3 Prozent mehr als deutsche. Allerdings müssen sie auch deutlich mehr arbeiten und kommen im Schnitt auf jährlich 1811 Arbeitsstunden, während es hierzulande 1341 sind. Als Gründe dafür nennt der Wissenschaftler unter anderem mehr Urlaubsanspruch, aber auch die höhere Teilzeitquote in Deutschland. Teilzeitarbeit ist indes insbesondere bei Frauen nicht immer freiwillig. Unter dem Strich ist der durchschnittliche Stundenlohn aller Beschäftigten in Deutschland deutlich höher als in den USA, das gilt auch, wenn man nur den Median-Stundenlohn von Vollzeitbeschäftigten betrachtet. Gleichzeitig ist der Niedriglohnsektor hierzulande kleiner. Verantwortlich dafür dürften die stärkeren Gewerkschaften und die höhere Tarifbindung in Deutschland sein, heißt es in der Studie.

Das Median-Haushaltseinkommen, für das Daten nur aus dem Jahr 2019 vorliegen, ist in den USA 21 Prozent höher, der durchschnittliche Konsum pro Kopf 61 Prozent – Medianzahlen gibt es hier nicht. Als Hauptgrund nennt der Forscher die längeren Arbeitszeiten, aber auch den Konsum der Superreichen. Gleichzeitig gebe es mehr Single- und Rentner*innen-Haushalte in Deutschland sowie weniger Kapitaleinkommen. Indes müsse berücksichtigt werden, dass beispielsweise Kindergärten und Universitäten hierzulande meist kostenfrei zugänglich sind, während in den USA teilweise hohe Gebühren fällig werden („unentgeltliche Sachleistungen des Staates“). Diese Ausgaben erhöhten in den USA den gemessenen Konsum der privaten Haushalte, ohne dass dadurch tatsächlich der Lebensstandard höher wäre. Kostenpflichtig ist auch ein Teil der Fernstraßen und Brücken.

Zudem sei die Ungleichheit in den USA deutlich größer. Als arm gelten 15,1 Prozent der amerikanischen und 10,9 Prozent der deutschen Bevölkerung, wobei der Forscher die Armutsgrenze, wie in internationalen Vergleichen der OECD üblich, bei lediglich 50 Prozent vom mittleren Haushaltsnettoeinkommen ansetzt. Dieses Niveau gilt in Deutschland als „strenge Armut“. In den USA besitzen Haushalte im Schnitt mehr als doppelt so viel Vermögen wie in Deutschland, der Median-Wert ist dagegen hierzulande geringfügig höher. Während das reichste Prozent in den USA über 40 Prozent des Gesamtvermögens

verfügt, sind es in Deutschland nach Daten der Bundesbank knapp 20 Prozent.

Im Bereich Gesundheit stehe Deutschland in fast jeder Hinsicht besser da, so Priewe. Obwohl die Ausgaben im Verhältnis zum BIP in den USA höher sind, gibt es dort unter anderem eine geringere Lebenserwartung, weniger Ärzt*innen und Krankenhausbetten pro 100000 Einwohner*innen und mehr tödliche Unfälle bei der Arbeit. Ähnlich schlecht schneiden die Vereinigten Staaten in den Bereichen Umwelt und Sicherheit ab: Die Treibhausgasemissionen pro Kopf sind etwa doppelt so hoch wie in Deutschland, der Anteil der Erneuerbaren an der Energieproduktion ist halb so hoch. Die Zahl der Tötungsdelikte pro 100000 Einwohner*innen ist mehr als achtmal so hoch, ebenso die Zahl der Inhaftierten. Bei „security“ rangieren die USA international auf Platz 155 (neben Russland), Deutschland auf Platz 43. Hier sind die Unterschiede zwischen den beiden Ländern am größten.

Etwas rosiger sieht es im Hinblick auf den Wohnungsmarkt aus: Sowohl die Eigentumsquote als auch die Wohnfläche pro Kopf sind in den USA größer als in Deutschland. Der Ökonom gibt allerdings zu bedenken, dass die US-Bevölkerungsdichte um ein Vielfaches geringer ist und die Qualitätsstandards bei Gebäuden kaum vergleichbar sind. Auch bei Bildung und Forschung ist der Vorsprung der USA weniger deutlich als es auf den ersten Blick erscheint: Die Ausgaben für diesen Bereich fallen mit 6 Prozent des BIP zwar höher aus als in Deutschland mit 4,4 Prozent. Die Vergleichbarkeit werde aber dadurch beeinträchtigt, dass die duale Berufsausbildung, die hierzulande einen hohen Stellenwert hat, in dieser Statistik ausgeklammert bleibt.

Eindeutiger fällt der Vergleich in Sachen Gleichstellung aus: In entsprechenden internationalen Indizes rangiert Deutschland klar vor den USA, wo es unter anderem mehr Gewalt gegen Frauen, keinen bezahlten Mutterschaftsurlaub und einen (noch) größeren Gender Pay Gap gibt. Generell haben Amerikanerinnen und Amerikaner deutlich weniger soziale Rechte als Deutsche: Kündigungs- und Mieterschutz sind schwach ausgeprägt, es gibt keine Elternzeit, kein Kindergeld, der bundesweite Mindestlohn beträgt nur 7,25 Dollar, es gibt praktisch keine Kurzarbeit. Während staatliche Umverteilung in Deutschland die Einkommensungleichheit nach Steuern und Transfers um 42 Prozent reduziert, sind es in den USA nur 28 Prozent.

Unter dem Strich liege Deutschland in 10 von 15 untersuchten Bereichen vorn, so Priewe. Wenn man den Grad der Unterschiede berücksichtigt – ein Punkt für kleine, zwei für große und drei für sehr große Abstände – falle der Vergleich mit 23 zu 6 Punkten zugunsten Deutschlands aus. Das Ergebnis zeige, wie wenig das BIP allein im Hinblick auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit aussagt – und wie groß der Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Institutionen und der Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen ist. In Deutschland existiere eben eine etwas andere Spielart des Kapitalismus, so Priewe.

Zwar dürfe der Vergleich nicht über die erheblichen Probleme in Deutschland hinwegtäuschen, betont Priewe: Niedriglöhne und Armut sind auch hierzulande verbreitet, die Tarifbindung sinkt, das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung ist bedroht. Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen und die Schuldenbremse behindert dringend notwendige öffentliche Investitionen in innovative Techniken, Infrastruktur und Bildung, was gerade angesichts des demografischen Wandels ein Problem ist. Trotz Fortschritten beim Kita-Ausbau sind für viele Mütter reduzierte Arbeitszeiten die einzige Möglichkeit, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Gleichwohl zeige der umfassende Vergleich: Sollte sich Deutschland weiter in Richtung des liberalen US-Kapitalismus entwickeln, habe es viel zu verlieren, warnt der Forscher.

*Jan Priewe: Comparing living and working conditions – Germany outperforms the United States, IMK-Study Nr. 91, Januar 2024.
Download: https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008792

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Wissenschaftlicher Direktor IMK

Tel.: 0211-7778-331

E-Mail: Sebastian-Dullien@boeckler.de

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Pressevertailers. Unsere Pressematerialien können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an presse@boeckler.de.

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:

https://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Tabelle 1

Table 1: Basic data, U.S. and Germany

		USA	DE	Date	Source
1	GDP p.c., current US\$	76,399	48,432	2022	WDI
2	GNI p.c., current US\$	77,527	50,082	2022	WDI
3	GDP p.c., PPP in current int'l US\$	77,463	63,150	2022	WDI
4	Growth rate of GDP (constant 2015 US\$) 2000-2022	1.9	1.1	2000-2022	WDI
5	Growth rate of GDP per capita, PPP (constant 2017 international \$)	1.2	1.0	2000-2024	WDI
6	Fertility rate, total (births per woman)	1.66	1.58	2021	WDI 2023
7	Annual net migration rate (% of population), mean	0.37	0.31	2000-2021	See line 6
8	Population growth, mean rate p.a.	0.80	0.11	2000-2022	See line 6
9	Natural population growth, % 2000-2022	0.43	-0.20		See line 6
10	Age of population, median	38.5	47.8	2020	See line 6
11	Size of households, persons	2.50	2.06	2022	US Census Bureau 2023, Destatis 2023 ^a
12	Share of single-person households, %	27.6	41.0	2020 US, 2022 DE	US Census Bureau 2022, Destatis
13	Annual working time per person in paid work, hours (part-time work included)	1,811	1,341	2022	OECD 2023h
14	Mean unemployment rate, total (% of total labour force) (modelled ILO estimate)	5.9	6.4	2000-2021	WDI 2023
15	Inflation, consumer prices (annual %), mean	2.5	1.7	2000-2022	WDI 2023
16	Revenues from social security contributions, % of GDP	6.3	14.9	2021	OECD.Stat 2023
17	Tax revenues, % of GDP	26.6	39.5	2021	OECD.Stat 2023
18	Government spending, % of GDP	38.4	49.7	2022	AMECO 2023
19	Defence expenditure, % of GDP	3.45	1.39	2022	Statista 2023
20	Gini coefficient for household income, before and after taxation and transfers	0.52/0.375	0.51/0.296	2021 US, 2019 DE	OWID 2023
21	Change of Gini coefficient (after taxation), 1991-2019 (DE), 1991-2021 (U.S.), pp	4.7	9.3		WDI 2023, OWID 2023
22	Top 20% disposable income share over bottom 20% share	8.4	4.6	2019	OECD.Stat 2023

^a Data on household size depend strongly on estimated data of the total population, including migrants and refugees.

Tabelle 2

Table 2: GDP, wages, low pay and working poor

		USA	DE	Ratio	Date	Source
1	GDP per person employed, PPP constant 2017 int'l US\$	130,203	104,280	1.249	2022	WDI 2023
2	GDP per hour worked (total workforce), PPP 2017 constant int'l US\$	71.90	77.76	0.925	2022	WDI 2023, OECD.Stat
3	Mean annual wage/salary, all employees incl. part-time workers	57,927	54,997	1.053	2022	CEA 2023, Table B-30; Destatis 2023a ¹⁰
4	Mean hourly wage, employees incl. part-time workers	32.25	41.01	78.6	2022	U.S.: CEA 2023, Table B-30; DE: see lines 3 and 9
5	Mean annual wage/salary, full-time workers, PPP current int'l US\$	77,463	67,576	1.146	2022	U.S.: OECD 2023h, DE: Destatis ¹¹
6	Mean gross hourly earnings, full-time workers, PPP current 2021 int'l US\$ (per hour of contractual annual work time)	40.94 (n.a.) ¹²	42.55 (34.00)	0.968	2022	Calculated from lines 5 and 9 and footnote 9
7	Median gross earnings, full-time workers, PPP current int'l US\$	54,496	58,028	0.939	2022, Q2	U.S.: BLS 2023, DE: Destatis 2023b, 2023c
8	Median hourly wage/salary, full-time workers, PPP current int'l US\$	28.80	36.54	0.788	2022	Lines 7 and 9 ¹³
9	Annual actual working time of full-time workers, hours ¹⁴ (all workers)	1,892 (1,811)	1,588 (1,341)	1,191 (1.388)	2022	U.S.: ILO 2023; OECD 2023a, DE: Destatis 2023a
10	Gender wage gap, % of median wage, full-time workers (mean earnings)	20.6 (16.0 2021)	9.8 (17.7)	1.24 (0.90)	2022	OECD 2022, Destatis 2022 ¹⁵
11	Part-time work, % of employees ¹⁶	11.7	22.2	0.53	2023	OECD 2023h

¹⁰ Data based on National Accounts, excluding employers' social security contributions.

¹¹ Data for Germany exclude special/additional payments ("Sonderzahlungen"). Destatis 2023b, Q2.

Bruttomonatsverdienste ohne Sonderzahlungen, 2. Vierteljahr 2022. Extra pay amounted to 18.5% above normal pay in 2022.

¹² There are no official statistics on paid time off per year for the U.S. Paid time off differs across states, firms and years of service. Data from Destatis (2023b) for Germany show a gap of 1,987-1,588 hours p.a. between paid and actual working time, which amounts to roughly 50 paid days off for full-time workers in 2022 (see also footnote 11). This includes 10 national holidays, an average of 11.5 days (fluctuating over the years) of paid sick leave (2021) and around six weeks of paid vacations for full-time workers. Federal law requires at least 20 days of paid vacation for workers with a five-day work week and 24 days for a six-day work week.

¹³ Based on the assumption that the German median hourly wage for full-time dependent employees was €21.29 in October 2022 according to Destatis 2023c, Pressemitteilung 211, June 1, 2023, based on Verdienststrukturerhebung in Destatis 2023c. This hourly wage here is based on paid contractual annual working hours, not the actual hours worked. The mean wage per contractual working hour in April 2022 was €24.77, without extra payments (full-time workers).

¹⁴ Actual working hours, excluding vacations, public holidays and days absent. For the U.S., actual work time data from ILO 2023 (no U.S. data available). For Germany, in 2022 factual annual working hours of full-time workers were 1,588, and total paid hours were 1,987 (information of Destatis to the author). For Germany, only dependent workers.

¹⁵ In Germany, the gender pay gap for the mean hourly wage was 18% in 2022 (Destatis, Pressemitteilung 30 January 2023).

¹⁶ Part-time means < 35 hours per week in the U.S., in Germany < 30 hours per week.

12	Labour force participation rate, 25-64 years	78.1	84.2	0.93	2022	See line 11
13	Minimum wages per hour, PPP current US\$ (across states in the USA, unweighted average), Kaitz-Index	12.00 ¹⁷ , 40.0%	16.48 ¹⁸ , 56.4%	0.73	2023	U.S. Department of Labor, BMAS 2023
14	Low-pay sector (< 67% of median wage), % of full-time employment ¹⁹	22.7	19.0	1.195	2022	OECD 2022

Note: BLS stands for the U.S. Bureau of Labor Statistics.